

Ressort: Politik

Linke und Grüne stellen Staatsleistungen an die Kirche infrage

Berlin, 22.10.2013, 17:22 Uhr

GDN - Im Zuge der Debatte über den Limburger Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst und die Kosten für dessen Amtssitz haben sich Politiker von Linken und Grünen für eine Neuausrichtung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche ausgesprochen. Das berichtet das "Handelsblatt" in seiner Mittwochsausgabe.

Linke und Grüne schließen sich damit einem entsprechenden Vorstoß des designierten FDP-Chefs Christian Lindner an. "Ich unterstütze die Forderungen von Christian Lindner, wonach Staatsleistungen an die Kirchen überholt sind und dringend abgelöst werden müssen", sagte der im Parteivorstand der Linken für religionspolitische Fragen zuständige Bundesschatzmeister Raju Sharma. "Ich freue mich, dass die FDP wieder zu alten liberalen Grundsätzen zurückkehrt." Der Grünen-Innenpolitiker Konstantin von Notz verwies auf einen Beschluss seiner Partei. "Wir Grüne haben gerade auf unserem letzten Parteitag am vergangenen Wochenende die Einsetzung einer Kommission beschlossen, die sich mit dem Verhältnis von Kirche und Staat differenziert, tolerant und freiheitlich auseinandersetzen und ein Konzept zur Reform des Verhältnisses zwischen Staat, Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften erarbeiten wird", sagte von Notz "Handelsblatt-Online". Im Parteiprogramm ist zudem davon die Rede, dass auf Bund-Länder-Ebene ein Prozess initiiert werden solle, "der die vom Grundgesetz geforderten Grundsätze der Ablösung der altrechtlichen Staatsleistungen aufstellt. Darüber werden wir mit den betroffenen Religionsgemeinschaften verhandeln".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-23819/linke-und-gruene-stellen-staatsleistungen-an-die-kirche-infrage.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619